

## Fraktionsschwerpunkte – Bilanz

### Familie als Grundbaustein unserer Gesellschaft und unserer Zukunft stärken

1. *Wir wollen eine kohärente und mit allen Ebenen unseres Staates koordinierte Familienpolitik des Bundes.*
  - Kinder- und Jugendpolitik ist Teil der Familienpolitik. In diesem Bereich wurde mit der Annahme des revidierten Kinder- und Jugendförderungsgesetzes ein Teilerfolg erzielt (10.087). Die zweite Forderung, namentlich die Schaffung einer Verfassungsgrundlage, für den Kinder- und Jugendschutz, wird nun in einer Subkommission der WBK-N vorangetrieben (07.402).
2. *Wir wollen für diese Familienpolitik eine rechtliche Grundlage in der Verfassung schaffen.*
  - Subkommission "Familienpolitik" der SGK-N erarbeitete aufgrund der Pa. Iv. Hochreutener (07.419) eine Vorlage für einen Verfassungsartikel. Die Kommission stimmte dem Bericht- und Erlassentwurf zu und schickte sie anschliessend in die Vernehmlassung. Die Vernehmlassung dauerte vom 22. November 2010 bis 4. März 2011. Es zeigte sich, dass eine grosse Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden im Grundsatz die Einführung einer Verfassungsbestimmung zur Familienpolitik befürworteten. Aufgrund der verschiedenen Minderheitsanträge wies die SGK-N das Geschäft an die Subkommission zurück (Stand: September 2011).
3. *Wir wollen die Steuerlast der mittelständischen Familien senken. Wir wollen vermehrt Familien mit mittleren Einkommen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen und ihnen die dafür notwendigen Ressourcen geben.*
  - Seit 1.1.2011 ist das Bundesgesetz über die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern (09.045) in Kraft. Damit wurde ein Elterntarif in Kombination mit einem Fremdbetreuungsabzug von 10'000 Franken eingeführt. Der Elterntarif erlaubt den mittelständischen Familien ein für alle Kinder gleich hoher Abzug von 250 Franken pro Kind vom Steuerbetrag geltend zu machen.
4. *Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern. Dies erreichen wir auch durch eine starke Ausweitung der entsprechenden freiwilligen Angebote (z.B. Tageschulen, Krippen, Tagesfamilien). Die Förderung flexibler Arbeitsbedingungen für Väter und Mütter ist auch ein wichtiger Beitrag für junge Eltern.*
  - Seit 1.2.2011 ist das geänderte Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung in Kraft (10.026). Damit wird die Anschubfinanzierung bis zum 31. Januar 2015 verlängert.
  - Eingereichte Motion (10.3330/Barthassart): Wiedereinstieg ins Erwerbsleben von Hausfrauen und Hausmännern unterstützen. Der Bundesrat wird beauftragt,

zuhanden der Räte ein Massnahmenpaket auszuarbeiten, das den Wiedereinstieg von Hausfrauen und Hausmännern ins Erwerbsleben unterstützt. (Im Plenum noch nicht behandelt, BR beantragt Ablehnung)

5. *Wir wollen die Familienarmut bekämpfen und unterstützen die steuerliche Befreiung der Familienzulagen. Mittelfristig streben wir ein System der finanziellen Entlastung an. Dieses soll allen Familien die Wahlfreiheit der Lebensform und ein würdiges Familienleben auch in späteren Familienphasen ermöglichen.*
- In der Frühjahrssession wurde die Pa.Iv. "Ein Kind, eine Zulage resp. Änderung des Bundesgesetzes über Familienzulagen" von beiden Räten verabschiedet. Das geänderte Gesetz wird voraussichtlich auf 2012 in Kraft treten.
  - Die Fraktion strebt an, die Lücken zwischen den Sozialzielen der Verfassung den Leistungen der nationalen Sozialversicherungen mit einem Bundesgesetz resp. Rahmengesetz zu schliesse. 2011 wurden dazu zwei Motionen eingereicht (11.3638. Motion (Humbel). Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung; 11.3714. Motion (Weibel). Rahmengesetz für Sozialhilfe).

### **Starke Wirtschaft als Garant für sichere Arbeitsplätze**

1. *Wir wollen eine ganzheitliche Bildung, welche auch auf die Bedürfnisse der Wirtschaft eingeht.*
- Eingereichte Motion (11.3526. Häberli/Ideenreihe): Mehr Schweizer Nachwuchs dank Aufhebung des Numerus clausus. Gefordert wird, dass der Bundesrat Massnahmen zur Aufhebung von Zulassungsbeschränkungen für Ausbildungsplätze umsetzt. Es sollen genügend Fachkräfte in der Schweiz ausgebildet werden und der Schweizer Nachwuchs in allen wissenschaftlichen Disziplinen langfristig gefördert werden. (Antwort BR vom 31.8.2011: Ablehnung der Motion)
  - Eingereichtes Postulat (11.3064 Bieri): Schweizerischer wissenschaftlicher Nachwuchs. Nachwuchs soll so gefördert werden, dass Schweiz mittelfristig einen mit vergleichbaren anderen europäischen Ländern (Schweden, Dänemark, Finnland) vergleichbaren Anteil eigener Kräfte besitzt. (Antwort BR vom 11.5.2011: Annahme des Postulats)

2. *Wir wollen die Investitionen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation auf der Höhe von 6 Prozent sichern.*
  - Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2008-2011 (07.012): Die Fraktion hat sich konsequent für eine Steigerung der Mittel auf 6 Prozent ausgesprochen.
  - Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation im Jahr 2012 (10.109): Fraktion setzte sich für Erhöhung des Bundesanteils für die Berufsbildung ein (Stand. 26.09.2011).
  
3. *Wir wollen eine bessere Steuerung und Koordination zwischen folgenden Ausbildungsstätten: Universitäten, Fachhochschulen und höhere Fachschulen. Die Naturwissenschaften und Ingenieurberufe müssen ein grösseres Gewicht erhalten. Wir wollen eine Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft.*
  - Die Fraktion unterstützt klar das neue Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (09.057). Mit dem HFKG soll der in neue Hochschulartikel der BV umgesetzt werden. Bund und Kantone führen und finanzieren Hochschulen in eigener Verantwortung. Der Bund unterstützt die kantonalen universitären Hochschulen und Fachhochschulen (ohne PH). Bund und Kantone sollen zusammen für einen koordinierten Hochschulraum Schweiz von hoher Qualität sorgen. Dafür wird eine Zusammenarbeitsvereinbarung abgeschlossen, die gemeinsame Ziele festlegt und gemeinsame Organe einrichtet.
  
4. *Die Schweiz muss zu den fünf besten Steuerstandorten Europas gehören. Wir wollen ein einfacheres und gerechteres Steuersystem.*
  - Eingereichte Motion (08.3111/Bischof): Motion Standort Schweiz unter den Top Five. Der Bundesrat soll die Struktur der Schweizer Unternehmenssteuerordnung so anpassen, dass die Schweiz zu den fünf besten Steuerstandorten Europas gehört. (Motion wurde 2008 überwiesen.)
  
5. *Wir wollen den bilateralen Weg mit der EU weiterführen. Wir setzen uns für die Weiterführung der Personenfreizügigkeit ein und unterstützen auch die flankierenden Massnahmen zwischen den Sozialpartnern und den Kantonen, welche eine schrittweise und kontrollierte Zuwanderung ermöglichen.*
  - Eingereichtes Postulat (10.3064/Wehrli): Arbeitslosigkeit und Erneuerung der Aufenthaltsbewilligung von EU/Efta-Staatsangehörigen. (Im Plenum noch nicht behandelt, von BR zur Ablehnung empfohlen)
  - Eingereichtes Postulat (09.4311/Bischof): Migrationshoheit wahren. Zu- und Rückwanderung steuern. Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht über die heute praktizierte Steuerung der Zuwanderung aus der EU und aus Drittstaaten sowie die ins Auge gefassten Massnahmen vorzulegen, die

sicherstellen, dass die Schweiz ihre Migrationshoheit wahrt, optimal nutzt und möglichst ausbaut. Einzubeziehen sind dabei Staatsverträge, namentlich das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU, sowie die schweizerische Ausländer-, Sozialversicherungs- und Sozialhilfegesetzgebung. (Postulat wurde 2009 überwiesen.)

6. *Wir wollen nicht nur die beginnende Rezession mildern und überwinden, sondern auch die Grundlagen für den folgenden Aufschwung legen. Deshalb arbeiten wir konsequent an den Standortvorteilen für die schweizerische Wirtschaft und insbesondere für die KMU weiter. Wir bauen administrative Lasten ab und fördern den Zugang der KMU zu Spitzentechnologien und zu den Weltmärkten.*
  - Eingereichte Motion (08.3968/Fraktion): Motion Stärkung von Arbeitsplätzen, KMU, Exportwirtschaft und Kaufkraft. (Motion würde überwiesen)

*Weitere eingereichte Vorstösse zum Thema Wirtschaft:*

- 10.3400 – Motion Strafrechtliches und ziviles Verfahren gegen UBS-Verantwortliche. (Im Plenum noch nicht behandelt; zur Ablehnung empfohlen)
- 10.3398 – Motion USA-UBS-Krise. Schaffung einer Expertengruppe. (Im Plenum noch nicht behandelt; zur Ablehnung empfohlen)
- 09.3147 – Motion Bankgeheimnis. Gleich lange Spiesse. (Motion an 2. Rat, zur Ablehnung empfohlen)

### **Solide Sozialwerke und Sicherheit im Alltag**

1. *Wir wollen die 11. AHV-Revision erfolgreich umsetzen. Wir wollen die AHV finanziell langfristig sichern und auch flexibilisieren.*
  - Die Fraktion setzte sich für die 11. AHV-Revision ein, die am Nein der Linken und Rechten scheiterte.
2. *Wir wollen die zweite Säule reformieren: wir ermöglichen den älteren Arbeitnehmer im Arbeitsprozess zu bleiben und schaffen Chancen für einen Wiedereinstieg. Wir schaffen Transparenz in der beruflichen Vorsorge. Wir unterstützen eine Absenkung des Umwandlungssatzes, welche eine übermässige Umverteilung zulasten der jüngeren Generation verhindert. Wer dagegen das Referendum ergreift, macht dies zu Lasten der jungen Menschen in diesem Land.*
  - Eingereichte Motion (11.3594 /Schmid-Federer): Kompensation von Leistungskürzungen im BVG. Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 79b BVG dahingehend zu ändern, dass künftig neben dem Einkauf bis zur Höhe der reglementarischen Leistungen auch die Kompensation von Leistungskürzungen infolge einer Senkung des Umwandlungssatzes möglich ist. (Im Plenum noch nicht behandelt, vom BR zur Ablehnung empfohlen)

- Eingereichte Motion (10.3795/Graber): Administrative Entschlackung des BVG. Im Rahmen einer Gesetzesrevision ist das BVG zu entschlacken. Damit soll erreicht werden, dass die Miliztauglichkeit der zweiten Säule gewährleistet wird. Versicherte sollen von einer möglichst hohen Transparenz profitieren. Mit mehr Wettbewerb und anderen geeigneten Massnahmen sollen die Verwaltungskosten gesenkt werden können. (2011 an Bundesrat überwiesen)
3. *Wir wollen den Zugang zu einer qualitativ guten medizinischen Grundversorgung ermöglichen. Die Eigenverantwortung aller Akteure im Gesundheitswesen ist zu stärken.*
- Eingereichte Pa.Iv. (11.412/Meier-Schatz): Rahmenbedingungen für die Entlastung von pflegenden Angehörigen. Es sollten gesetzliche Grundlagen erarbeitet werden, um um pflegenden Angehörigen eine Auszeit zu ermöglichen. (Im Plenum noch nicht behandelt)
  - Eingereichte Pa. IV. (11.411/Meier-Schatz). Betreuungszulage für pflegende Angehörige. Es sollen gesetzliche Grundlagen erarbeitet werden, um pflegenden Angehörigen eine Betreuungszulage zukommen zu lassen. (Im Plenum noch nicht behandelt)
  - Eingereichte Motion (10.3821/Humbel): Wirksame Taggeldversicherung bei Krankheit. Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Gesetzesrevision vorzulegen, welche allen Erwerbstätigen einen wirksamen Versicherungsschutz bei Erwerbsausfall durch Krankheit garantiert. (Im Plenum noch nicht behandelt; zur Ablehnung empfohlen)
  - Eingereichtes Postulat (10.3754/Humbel): Einführung einer gesamtschweizerischen Kosten-Nutzen-Bewertung von medizinischen Leistungen. Der Bundesrat wird beauftragt, aufzuzeigen und Bericht zu erstatten über die HTA-Strategie (Health Technology Assessment) des Bundes. (Postulat wurde 2010 überwiesen)
  - Eingereichtes Postulat (10.3327/Humbel): Umsetzung der E-Health-Strategie. Der Bundesrat wird beauftragt, bis Ende Jahr dem Parlament einen Bericht über die Umsetzung der E-Health-Strategie vorzulegen, welcher die Handlungsfelder, Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten und Aufgaben der einzelnen Akteure sowie einen verbindlichen Zeitplan für die Implementierung der einzelnen Teilprojekte aufzeigt. Gleichzeitig sind die notwendigen Rechtsgrundlagen vorzulegen. (Postulat wurde 2010 überwiesen)
  - Eingereichtes Postulat (10.3308/Egger-Wyss): Finanzierung von Aus- und Weiterbildungskosten und Pflegefinanzierung. Der Bundesrat wird beauftragt aufzuzeigen, wie er aufgrund der fehlenden gesetzlichen Grundlagen im KVG sicherstellt, dass genügend Lehrstellen und Praktikumsstellen im Bereich der stationären Langzeitpflege sowie der ambulanten Pflege (z. B. Spitexdienste) zur Verfügung gestellt werden. (Bundesrat beantragt Annahme des Postulats; Diskussion im Plenum verschoben, da bekämpft)
  - Eingereichte Motion (10.3271/Humbel): Gesetzeskonforme Umsetzung der Pflegefinanzierung. Der Bundesrat wird beauftragt, unverzüglich für eine gesetzeskonforme Umsetzung der Akut- und Übergangspflege gemäss Neuordnung der Pflegefinanzierung zu sorgen. (Im Plenum noch nicht behandelt, BR beantragt Ablehnung)

- Eingereichte Pa. Iv. (10.407/Humbel): Prämienbefreiung für Kinder. Mit einer Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) sind Kinder von den Krankenkassenprämien zu befreien. (Pa. Iv. wurde Folge gegeben)
  - Eingereichte Motion (09.3801/Fraktion): Eine Gesundheitsstrategie für die Schweiz. Der Bundesrat wird beauftragt, für die schweizerische Gesundheitsversorgung eine Strategie vorzulegen. (Im Plenum noch nicht behandelt, zur Annahme empfohlen)
  - Eingereichte Motion (09.3150/Fraktion): Motion Massnahmen gegen den Anstieg der Krankenkassenprämien. Der Bundesrat wird beauftragt, unverzüglich dringliche Massnahmen gegen den Anstieg der Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung zu treffen, sodass deren Anstieg mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten vergleichbar ist. (Motion wurde 2010 überwiesen)
4. *Öffentlich zugängliche Räume und Plätze müssen jederzeit sicher sein. Zur Stärkung der Sicherheit im Alltag werden 3000 Polizistinnen oder Polizisten verteilt auf die ganze Schweiz rekrutiert. Diese werden für die Alltagssicherheit besonders im Präventivbereich im Sinne einer Grundversorgung eingesetzt.*
- Eingereichte Motion (11.3339/Glanzmann): Bandengewalt und Schlägereien. Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Opfer von Bandenkriminalität, Schlägereien usw. besser schützt, beispielsweise mit der Ausweitung der Offizialdelikte im StGB auf einfache Körperverletzung. (Im Plenum noch nicht behandelt, vom BR zur Ablehnung empfohlen)
  - Eingereichte Motion (11.3333/Glanzmann): Gewalt an Sportveranstaltungen. Nationales Gesetz gefordert. (Im Plenum noch nicht behandelt, von BR zur Ablehnung empfohlen)
  - Eingereichtes Postulat (10.3688 /Segmüller): Bericht zur öffentlichen Sicherheit. Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht zur öffentlichen Sicherheit zu unterbreiten, der eine umfassende Auslegeordnung zur Gewalt in der schweizerischen Gesellschaft vornimmt, eine Strategie zu deren Prävention und Bekämpfung aufzeigt sowie einen Massnahmenplan vorlegt. (Postulat wurde 2010 überwiesen)
  - Eingereichte Motion (10.3435/Hochreutener): Griffige Instrumente gegen Krawallmacher und Vandalen. Bundesrat soll Bericht erstatten, wie und wie oft Art. 260 StGB (Tatbestand Landfriedensbruch) angewendet wird und weshalb er keine grössere Wirkung erzielt. Zudem soll er dem Parlament Vorschläge unterbreiten, wie der Art. geändert werden müsste, damit er effizienter wirkt. (Im Plenum noch nicht behandelt, BR beantragt Annahme)
  - Eingereichtes Postulat (10.3113 /Segmüller). Bessere polizeiliche Grundversorgung in den Kantonen und Städten. Der Bundesrat wird beauftragt, die Bereitstellung von polizeilichen Beständen zugunsten der Grundversorgung in den Kantonen und Städten zu prüfen, ohne ein neues bundespolizeiliches Organ aufzubauen. (Noch nicht behandelt; BR empfiehlt Ablehnung)
  - Eingereichtes Postulat (09.4167/Segmüller): Erhöhung der inneren Sicherheit durch bessere Koordination. Bundesrat soll die Bildung einer Bundeskoordinationsgruppe "Innere Sicherheit" prüfen (Postulat wurde 2010 überwiesen)

*Weitere eingereichte Vorstösse der Fraktion zum Thema Migration/Ausländerpolitik:*

- 10.3071 – Motion Verstärkung der Migrationsausserpolitik. Im Plenum noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen.
- 10.3070 – Motion Organisatorische Massnahmen im Asylbereich. Im Plenum noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen.
- 10.3069 – Postulat Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Im Plenum noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen.
- 10.3068 – Motion Familiennachzug von Kindern aus dem Ausland. Im Plenum noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen.
- 10.3067 – Motion Einführung einer Charta bei Einbürgerungen. Im Plenum noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen.
- 10.3066 – Motion Bekämpfung der Ausländerkriminalität. Im Plenum noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen.
- 10.3065 – Motion Asylpolitik. Im Plenum noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen.

### **Gesunde Umwelt – Zukunft für unsere Kinder**

1. *Wir wollen die Energieeffizienz in allen Bereichen verbessern: Dringlich ist die Umsetzung der vom Parlament beschlossenen 100 Mio. für Gebäudesanierungen. Im Bereich der Maschinen und Haushaltsgeräte muss die Schweiz die Minimalanforderungen der EU übernehmen. Wir setzen uns für die Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe ein zu Gunsten von energetisch wirksamen Massnahmen im Gebäudebereich.*
  - Im Rahmen der Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes (09.067) hat sich die Fraktion für eine Erhöhung des Beitrags an die Gebäudesanierungen ausgesprochen. Sie setzte sich auch für die Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe und die Kompensation im Inland ein.
2. *Wir setzen auf neue erneuerbare Energien v.a. auch in der Stromerzeugung. So wollen wir die Wasserkraft unter angemessener Berücksichtigung von Natur- und Landschaftsschutzanliegen ausbauen.*
3. *Für den zukünftigen Umgang mit der Energie, welche aus Kernkraft und aus Gaskomikraftwerken erzeugt werden, haben die drei Parteien unterschiedliche Meinungen:*
  - Energiedebatte, verschiedene Vorstösse
  - Postulat (11.3115/Fraktion): Sicherheit der schweizerischen Kernkraftwerke. Überprüfung der Energiepolitik. (Überwiesen)
  - Motion (09.3800/Fraktion): Bundesdarlehen zur Risikodeckung einer Anlagestiftung für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. (Im Plenum noch nicht behandelt, zur Ablehnung empfohlen)

4. *Wir setzen uns ein für die Veränderung des Modalsplits Strasse - Schiene zugunsten der Schiene im Personen- und Güterverkehr. Der Verkehr soll möglichst umweltgerecht abgewickelt und durch Investitionen in den öffentlichen Verkehr unterstützt werden: NEAT, ZEB und ZEB II.*
5. *Wir wollen die Leistungsfähigkeit unseres Strassennetzes sicherstellen. Das Nationalstrassennetz ist zügig fertig zu stellen und die Engpässe sind zu beseitigen.*
  - Eingereichtes Postulat (11.3597/Hany): Staumanagement auf den Nationalstrassen mit Hilfe des Pannestreifens. Bundesrat soll prüfen, inwiefern der Pannestreifen auf Nationalstrassen bei Stausituationen als zusätzliche Fahrbahn freigegeben werden kann. (Im Plenum noch nicht behandelt; zur Annahme empfohlen)
  - Eingereichte Motion (10.4147/Darbellay): Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz. Der Bundesrat soll dem Parlament eine Änderung des Bundesbeschlusses über den Gesamtkredit für den Infrastrukturfonds vorlegen, damit in der ganzen Schweiz die wichtigsten Engpässe auf den Autobahnen beseitigt werden können. (Im Plenum noch nicht behandelt; zur Ablehnung empfohlen)
6. *Wir unterstützen den Langsamverkehr (Fuss- und Veloverkehr). In Städten und Agglomerationen soll der Langsamverkehr mehr Gewicht erhalten und eine grössere Rolle in den Mobilitätsüberlegungen spielen.*
  - Eingereichte Motion (10.3954/Stähelin): Agglomerationsprogramme. Für mehr Nachhaltigkeit bei der Zuteilung der Mittel des Infrastrukturfonds. Der Bundesrat soll seine Kriterien für Bundesbeiträge mit Blick auf die Nachhaltigkeit so anpassen, dass neben den Umweltbelangen auch die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte berücksichtigt werden. (Motion an 2. Rat)
7. *Wir fordern eine intelligente Mobilitätspolitik nach folgenden Kriterien: umweltgerecht, differenziert und verursachergerecht. Wir setzen uns ein für die Einführung eines Bonus-Malus-Systems bei der Besteuerung der Fahrzeuge (kantonal und national), um den Kauf von umweltfreundlichen Autos zu fördern. Denkbar ist auch ein Verzicht auf die Besteuerung eines Autos der besten Kategorie im ersten Jahr nach dessen Kauf (z. B. Lösung im Kanton Genf).*
  - Eingereichte Motion (11.3566/Hochreutener): Eigene Fahrzeugkategorie für elektrisch betriebene Personenfahrzeuge. Bundesrat soll für elektrisch betriebene Personenfahrzeuge eine neue Fahrzeugkategorie zwischen Fahrrad und Motorfahrrad definieren. Für die Einstufung gilt die maximale Geschwindigkeit und nicht die Motorenleistung. (Im Plenum noch nicht behandelt; zur Ablehnung empfohlen)
  - Eingereichte Motion (11.3105/Segmüller): Erhöhung der Sicherheit beim Fussgängerstreifen. Bundesrat wird beauftragt, das Strassenverkehrsgesetz (SVG) dahingehend anzupassen, dass Fussgängerstreifen nach den neusten Erkenntnissen (Stand der Technik) gestaltet oder saniert werden. (Im Plenum noch nicht behandelt; zur Ablehnung empfohlen)
  - Eingereichtes Postulat (10.3713/Bieri): Grundlagen der Preisdifferenzierung im öffentlichen Verkehr. Der Bundesrat soll prüfen, wie die Kosten-und-Nutzen-

Transparenz im Preissystem des öffentlichen Verkehrs (Personenverkehr) verbessert werden kann. Dabei ist insbesondere die Einführung eines E-Ticketing-Systems zu untersuchen. (Postulat wurde überwiesen)

8. *Wir anerkennen die volkswirtschaftliche Bedeutung des Flugverkehrs. Wegen dessen Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Klima müssen die Kosten des Flugverkehrs in internationaler Übereinstimmung vermehrt verursachergerecht ausgestaltet werden.*